

Vorlage Nr. I/150/2011
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Anteilige Finanzierung des JobTickets für die Beschäftigten und Auszubildenden des Magistrats ab 2012

A Problem

Mit Beschluss vom 13.10.2010 zur Vorlage I/223/2010 hat der Magistrat befristet für das Jahr 2011 die Zahlung eines Zuschusses zum JobTicket von 5,- € je Ticket und Monat für seine Beschäftigten und Auszubildenden beschlossen. Dieses Angebot wird von 107 Beschäftigten und Auszubildenden angenommen. Dadurch gewinnt die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für die Magistratsbediensteten an zusätzlicher Attraktivität, trägt dem Klimaschutzgedanken Rechnung und setzt ebenso ein Zeichen für die „Klimastadt Bremerhaven“. Insbesondere diese Ziele sind Inhalt der Koalitionsvereinbarung für die Wahlperiode 2011 – 2015.

Das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide unterstützt den Kauf des JobTickets seit November 2009 nach wie vor mit monatlich 7,- € je Nutzer.

B Lösung

Es wird vorgeschlagen, dass sich der Magistrat zur Erhaltung der Attraktivität des JobTickets und somit als Beitrag der Verwaltung zur aktiven Umweltpolitik in Bremerhaven über das Jahr 2011 hinaus mit 5,- € je Ticket und Monat am Kauf des JobTickets für seine Bediensteten und Auszubildenden beteiligt.

C Alternativen

Verzicht auf die vorgeschlagene Maßnahme, d.h. Beibehaltung der auf 2011 begrenzten Zuschussgewährung.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Zusätzliche Haushaltsmittel in den Jahren 2012 ff. werden insofern nicht benötigt, als das erforderliche Volumen (jährlich ca. 5.000 € bis 10.000 €) durch Umschichtungen innerhalb des Dezernats I zur Verfügung gestellt wird.

E Beteiligung

Ämter 11, 20 und 58.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet / Wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Zur Erhaltung der Attraktivität des JobTickets und somit als Beitrag der Verwaltung zur aktiven Umweltpolitik in Bremerhaven beteiligt sich der Magistrat über das Jahr 2011 hinaus mit 5,- € je Ticket und Monat am Kauf des JobTickets für seine Bediensteten und Auszubildenden.

Grantz
Oberbürgermeister